

Auf einem Kongress des »Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel« (Kopi) soll am Wochenende in Berlin die Israelpolitik der Bundesregierung unter der Überschrift »Behindert die deutsche »Staatsräson« den Frieden in Israel/Palästina?« auf den Prüfstand gestellt werden. Die Frage ist heikel, denn der Begriff der »Staatsräson« wird von Bundeskanzleramt und Bundesregierung immer wieder angeführt, um kritische Fragen zur deutschen Nahostpolitik abzuwehren. In Politik und Medien ist er zum Schlüsselbegriff der deutschen Politik in Nahost geworden. Inzwischen gehören dazu auch Rede-, Lehr- und Schreibverbote für Kritiker der israelischen Politik.

Die Doktrin wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündet, als sie als erste deutsche Staatschefin vor der Knesset, dem israelischen Parlament, sprach. Anlass ihrer Reise im März 2008 war der 60. Gründungstag des Staates Israel. Sie sei in »historischer Mission« unterwegs, hieß es im Spiegel (16.3.2008), israelische Medien bezeichneten die Rede als »Meilenstein«. Acht Minister waren mit Merkel gereist, hinzu kamen Vertreter der deutschen Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft. Die hochkarätige Delegation sollte »die oft beschworenen besonderen Beziehungen der beiden Staaten 60 Jahre nach der Staatsgründung noch einmal stärken«, so der Spiegel damals. Dazu gehören seitdem auch jährlich stattfindende bilaterale Treffen der deutschen und der israelischen Regierung.

Eingebunden in den Begriff der »Staatsräson« formulierte Merkel damals weitergehende Ziele deutscher Außenpolitik in der Region: Nicht die Welt müsse beweisen, dass der Iran die Atombombe baue, sondern der Iran muss die Welt überzeugen, dass er die Atombombe nicht will«. Sollte der Iran in diesem Sinne nicht »einlenken«, werde die Bundesregierung sich »entschieden für Sanktionen einsetzen«. Auch Syrien, der Libanon und die Palästinenser wurden in der Rede erwähnt. Deutschland trete »entschieden für die Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und Frieden ein«, sagte Merkel. »Für das jüdische Volk in Israel und das palästinensische in Palästina.«



Palästinensische Demonstranten protestieren gegen eine Siedlung in der West Bank (November 2019)

Gegen das Völkerrecht

Konferenz zu Palästina und Israel setzt sich mit deutscher Nahostpolitik auseinander. Zweistaatenlösung in weite Ferne gerückt. **Von Karin Leukefeld**

Elf Jahre nach der Mission Angela Merkels hat der israelische Staat seine Besatzungs- und Repressionspolitik gegenüber den Palästinensern deutlich verschärft. Die US-Außenpolitik, 2008 noch vermittelnd für eine Zweistaatenlösung, ergreift heute ausschließlich für Israel Partei. Die USA ignorieren völkerrechtlich bindende UN-Sicherheitsratsresolutionen zu den von Israel 1967 besetzten Gebieten im Westjordanland, Jerusalem und den syrischen Golanhöhen. Israel habe das Recht, die Golanhöhen zu annektieren und seine Hauptstadt in Jerusalem zu errichten, erklärten US-Präsident Donald Trump und Außenminister Michael Pompeo.

Der von Jared Kushner ausgearbeitete »Jahrhundertplan« für Frieden in

Nahost sieht vor, dass die jüdischen Siedlungen im Westjordanland dem israelischen Staat einverleibt werden sollen und Israel die Kontrolle über das Jordantal übernimmt. Am gestrigen Dienstag – nach jW-Redaktionschluss – wollte US-Präsident Donald Trump den Plan in Washington vorstellen, dazu wurden der israelische Regierungschef Benjamin Netanyahu und sein möglicher Nachfolger Benjamin »Benny« Gantz ins Weiße Haus eingeladen. Nicht eingeladen wurden die Palästinenser, sagte die Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, dem Sitz der palästinensischen Autonomiebehörde, im Interview mit dem WDR am Montag. Seit zwei Jahren gebe es keine Beziehungen mehr

zwischen den USA und der Autonomiebehörde. Das PLO-Büro in Washington war im September 2018 auf Anordnung der US-Regierung geschlossen worden, der PLO-Vertreter musste ausreisen. Anlass für die Maßnahme sei gewesen, dass die Palästinenser sich – so das Weiße Haus – »nicht für den Frieden mit Israel« engagierten. Gleichzeitig stellte die US-Administration ihre Zahlungen an das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge ein. Zu viele Personen würden als Flüchtlinge anerkannt, die UNRWA sei »hoffnungslos fehlerbehaftet«. Benjamin Netanyahu hatte wiederholt die Auflösung des Hilfswerks gefordert. Deutschland kündigte schließlich eine Aufstockung der Zahlungen an die UNRWA an.

Hintergrund Staatsräson

Der Begriff »Staatsräson« wird laut Duden als ein Grundsatz definiert, »nach dem der Staat einen Anspruch darauf hat, seine Interessen unter Umständen auch unter Verletzung der Rechte des Einzelnen durchzusetzen, wenn dies im Sinne des Staatswohls für unbedingt notwendig erachtet wird«. Ethische Prinzipien oder auch Rechtsvorschriften können demnach untergeordnet werden. Der Völkerrechtler Norman Paech wird auf der Kopi-Konferenz über die »Deutsche Israelpolitik als verfehlte Vergangenheitsbewältigung« sprechen, der langjährige Diplomat und ehemalige Botschafter Gerhard Fulda fordert einen »Paradigmenwechsel«. Seit Jahren setzt Fulda sich für den unabhängigen Staat Palästina ein. Er gehört zu den wenigen Politikern, die Angela Merkel dafür kritisierten, dass sie die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erhob.

Die palästinensische Botschafterin in Deutschland, Khouloud Daibes, wird die deutsche Israelpolitik aus palästinensischer Sicht betrachten, und der Historiker Moshe Zuckermann spricht darüber aus israelischer Sicht. Im jW-Interview anlässlich einer früheren Kopi-Konferenz in Frankfurt am Main bezeichnete Zuckermann 2017 den deutschen »Treueschwur« gegenüber Israel als »eines der größeren Unglücke« für die israelische Politik als auch für die israelische und deutsche Linke. »Solange Deutschland so dominant ist in Europa«, werde die EU nie eine unabhängige Position gegenüber Israel beziehen, so Zuckermann. »Die Deutschen werden immer ein Veto einlegen, weil man meint, an Israel, an Juden etwas gutmachen zu sollen, das nie wieder gutzumachen ist. Das schwarze Loch Auschwitz irgendwie über Israel abwickeln zu wollen, das geht nicht.« (kl)

■ kopi-online.de

»Der Siedlungsbau ist völkerrechtswidrig«

Kopi-Konferenz wirft kritischen Blick auf Politik der israelischen Regierung. **Gespräch mit Matthias Jochheim**

Auf der Kopi-Konferenz soll die deutsche Israelpolitik debattiert werden. Es sprechen aber weder Vertreter der Regierungs- noch der Oppositionsparteien. Wurden sie nicht eingeladen?

Doch, wir haben uns intensiv um die Teilnahme von Vertretern der Regierungsparteien bemüht, leider mit wenig Erfolg. Wir haben uns über die Zusage von Rudolf Dreßler gefreut, SPD-Politiker und langjähriger Botschafter in Tel Aviv, der aber dann leider aus gesundheitlichen Gründen absagen musste. Schade, so können wir nun Originalaussagen zwar als Zitate einbringen, aber nicht mit den Protagonisten der Staatsräson selbst diskutieren.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) beklagte bei den Vereinten Nationen im Mai 2019, Israel werde bei der UNO »in unangemessener Form angeprangert, einseitig behandelt und

ausgegrenzt«. Wörtlich sagte er, Deutschland – als derzeit nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – werde sich »mit Überzeugung und Nachdruck gegen jeden Versuch stellen, Israel zu isolieren oder zu delegitimieren«. Was ist das Interesse der Bundesregierung, diesen Standpunkt vor der UNO zu vertreten?

Das Interesse von Herrn Maas ist offensichtlich, er will es sich nicht mit seinen Freunden in der aktuellen israelischen Regierung verderben. Das sollte aber nicht das allein bestimmende Interesse der Bundesregierung sein. Für das israelische Ansehen bei den Vereinten Nationen ist vermutlich das quasi ko-



Matthias Jochheim ist ärztlicher Psychotherapeut i. R. und Mitglied der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW). Er ist aktiv im deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (Kopi)

loniale Verhältnis zu den palästinensischen Menschen etwa in Gaza oder der Westbank von erheblicher Relevanz – da könnte Herr Maas seine guten Beziehungen zur israelischen Regierung vielleicht stärker und produktiver nutzen, um Verbesserungen zu erwirken. Freundschaft sollte auch den Mut zur Kritik einschließen. Wir sind der Meinung, dass die Politik der jetzigen israelischen Regierung nicht zum Frieden führen kann und damit auch langfristig Israel schadet.

Andererseits wurden Positionierungen des deutschen UNO-Botschafters Christoph Heusgen kürzlich vom Simon-Wiesenthal-Zentrum auf die Liste

der »schlimmsten antisemitischen Vorfälle des Jahres 2019« gesetzt, u. a. weil er den fortgesetzten israelischen Siedlungsbau im Westjordanland kritisiert hatte.

Dieser Siedlungsbau ist, wie allgemein anerkannt wird, völkerrechtswidrig. Auf diesem Standpunkt steht meines Wissens nach auch die Bundesregierung. Auf längere Sicht scheint es uns nicht sinnvoll, alle Meinungen, die der israelischen Regierung nicht zusagen, als antisemitisch zu disqualifizieren. Eine sachliche Auseinandersetzung wäre da angemessener als der inflationär verwendete Antisemitismusvorwurf, der sich irgendwann verbraucht und der letztendlich von dem leider immer noch vorhandenen wirklichen Antisemitismus ablenkt.

Sie moderieren den Vortrag des israelischen Historikers Moshe Zuckermann, der die »Doktrin der deutschen Staatsräson aus israelischer Sicht« erörtert.

Zuckermann wurde bei einem früheren Kopi-Kongress – 2017 in Frankfurt am Main – verbal angegriffen. Der Frankfurter Bürgermeister Uwe Becker wollte im Bündnis mit Politikern wie Jutta Ditfurth und Volker Beck ihm und den anderen Teilnehmern sogar verbieten, in Frankfurt zu sprechen. Er warten Sie ähnliche Proteste auch zu der bevorstehenden Berliner Konferenz?

Der damalige Widerstand von Bürgermeister Becker und der »Ökolinx«-Stadtverordneten Ditfurth richtete sich gegen die gesamte Konferenz »50 Jahre Besatzung« als angeblich antisemitisch. Frau Ditfurth hat das dann noch in ihrer besonderen Art mit abwertenden persönlichen Kommentaren zu Moshe Zuckermann verbunden. Bisher haben wir keinen Hinweis, dass die Konferenz in Berlin wieder verhindert werden soll.

Interview: Karin Leukefeld